

UPDATE!

Schnell auf den Stand der Dinge gebracht

■ Wissenschaftler warnen im neuen Altenbericht vor wachsender Ungleichheit

Die wachsende soziale und regionale Ungleichheit wird zur zentralen Herausforderung für die Altenpolitik. Kommunen sollten mehr tun, um Lebensqualität für ältere Menschen zu erhalten. Zu diesem Ergebnis kommt der Siebte Altenbericht im Auftrag der Bundesregierung. Mit Blick auf die Lebenssituation älterer Menschen gehen die Autoren von erheblichen regionalen Unterschieden aus. In Sachsen etwa ist heute schon ein Viertel der Bevölkerung älter als 65, in den Ballungsgebieten und prosperierenden bayerischen Landkreisen hingegen sind es weniger als 18 Prozent. Während heute große Teile der älteren Bevölkerung noch über ausreichende finanzielle, gesundheitliche und soziale Ressourcen verfügen, rechnen die Wissenschaftler für die Zukunft mit wachsender Altersarmut und entsprechend weniger Möglichkeiten, das eigene Alter zu gestalten. Bund, Länder und Kommunen müssten den negativen Auswirkungen der sozialen und regionalen Ungleichheit gezielt entgegenwirken, fordern sie. Gerade in strukturschwachen Regionen dürfe sich der Staat nicht zurückziehen. Die Versorgung in wirtschaftlich schwachen Regionen hänge davon ab, ob die verbliebenen Akteure vor Ort zusammenarbeiten und die Eigeninitiative örtlicher Gruppen, Verbände und ehrenamtlich tätiger Bürger gefördert werde. „Abgehängte Orte führen auch zu abgehängten Leben von älteren Menschen“, sagte Bundesfamilien- und Seniorenministerin Manuela Schwesig. Deshalb sei es künftig wichtig, dass „wir Kommunen finanziell so ausstatten und dass wir Strukturen vor

Ort haben, dass auch das Leben im Alter lebenswert ist“. Das Leben im Alter entscheide sich vor Ort. Genauso wie eine Planung für Kitas und Schulen brauchten die Kommunen eine Planung für ältere Menschen. Es müsse in den kommenden Jahren darüber gesprochen werden, ob sich der Bund dafür finanziell engagieren müsse.

Die Autoren empfehlen, den Kommunen mehr Handlungsspielraum zu geben, um lokal die besten Lösungen zu finden. So müssten sie beispielsweise bei der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung mitbestimmen, die bisher in der Hand der Ärzteverbände liegt. Es reiche zudem nicht, nur ein Minimalangebot in den für ältere Menschen zentralen Bereichen Gesundheit, Pflege und Wohnen aufrechtzuerhalten.

Die Regierung legt seit 1994 in jeder Legislaturperiode einen Bericht zur Lebenssituation von älteren Menschen vor. Bisher ging es unter anderem um Wohnen im Alter, um die Versorgung Hochbetagter oder um den Beitrag älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Siebte Altenberichtscommission unter Leitung des Heidelberger Gerontologen Andreas Kruse hatte den Auftrag, Empfehlungen für eine nachhaltige Seniorenpolitik in den Kommunen zu erarbeiten. www.siebter-altenbericht.de